

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

21. Januar 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 16.01.13 griffen sechs Selbstmordattentäter der Taliban die Zentrale des afghanischen Geheimdienstes NDS (Nationales Direktorat für Sicherheit) in Kabul an. Die Angreifer wurden von Sicherheitskräften erschossen, etwa 30 Zivilisten erlitten Verletzungen. Es handelte sich um den ersten Anschlag in Kabul seit knapp einem Monat.

Ebenfalls am 16.01.13 starben zwei Mitarbeiter des NDS bei einem Bombenanschlag in Tarin Kowt (Hauptstadt der südafghanischen Provinz Uruzgan), in der südafghanischen Provinz Kandahar erschoss ein Polizist seinen Kommandanten, bevor er mit Waffen und Munition flüchtete.

Am 21.01.13 griffen mehrere Selbstmordattentäter das Hauptquartier der Verkehrspolizei in Kabul an. Es gibt Berichte über Schießereien und Explosionen, nähere Informationen liegen noch nicht vor.

Weiterhin Folter durch Sicherheitskräfte

Laut einem aktuellen Bericht der UNAMA (UN-Unterstützungsmission in Afghanistan) gibt es verlässliche Beweise, dass Folter in afghanischen Haftanstalten weit verbreitet ist. Befragungen von 635 Gefangenen in 89 Einrichtungen der Sicherheitskräfte und des Geheimdienstes NDS hätten ergeben, dass mehr als die Hälfte der Gefangenen gefoltert oder misshandelt worden sei.

Auch viele afghanische Diplomaten bleiben im Ausland

Nach Meldungen einer Kabuler Tageszeitung ist die afghanische Regierung besorgt über die Zahl ihrer Diplomaten, die nach dem Ende ihrer Mission im Ausland bleiben. Man wolle daher die Bezüge erhöhen und Privatwohnungen in der afghanischen Hauptstadt bereitstellen. Berichten zufolge kehrten 40 Prozent aller Diplomaten nach ihrem Auslandseinsatz nicht zurück. Es ist die Rede von Hunderten afghanischen Regierungsbeamten einschließlich Angestellten des Präsidialamtes, 70 Journalisten, 60 Sportlern und zahlreichen Studenten, die nicht von Auslandsaufenthalten zurückkehrten.

Pakistan

Oberstes Gericht verfügt Festnahme des Premierministers

Am 15.01.13 hat der Oberste Gerichtshof Pakistans (Supreme Court) das National Accountability Bureau (NAB – oberste Antikorruptionsbehörde) angewiesen, die Ermittlungen im sog. RPP-Skandal abzuschließen und den Premierminister Raja Pervez Ashraf zu verhaften. Es geht um seine Tätigkeit als früherer Minister für Wasser und Energie. Im Rahmen des Rental Power Projekts (RPP) sollten an private Investoren Aufträge erteilt werden, um einen Teil der Energielieferungen für das Land sicherzustellen. Dabei flossen große Summen ohne Gegenleistungen. Gegen den Premierminister wird als einen Hauptverantwortlichen ermittelt. Von seiner oder der Festnahme anderer Beschuldigter ist bisher nichts bekannt geworden.

Marsch der Anhänger des Religionsgelehrten Qadri auf Islamabad

Am 20.01.13 erreichten ca. 50.000 Anhänger des Religionsgelehrten Dr. Tahirul Qadri Islamabad und zogen trotz Verbots vor das Parlament. Qadri, Führer der Bewegung Tehrik-e-Minhajul Quran (TMQ), hatte angekündigt, mit einem Viermillionenmarsch auf Islamabad die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Auch for-

derte er die Auflösung der Wahlkommission. Zuvor hatte Qadri der Regierung drei Wochen Zeit gegeben zurückzutreten, einer Übergangsregierung aus ehrenhaften und unabhängigen Personen die Amtsgeschäfte zu überlassen, damit diese Wahlrechtsreformen durchführt und den Weg für freie und faire Wahlen ebnet. Qadri bezeichnete die Politiker Pakistans als Kriminelle.

Am 17.01.13 verhandelte eine hochrangige Regierungsdelegation mit Qadri. Danach wurde von ihm und dem Premierminister eine Vereinbarung unterzeichnet. Qadri erklärte danach die Revolution für beendet. Seine Bewegung habe sich durchgesetzt. Tatsächlich hat er nur erreicht, dass seine Bewegung zwei Personen in die Wahlkommission entsenden darf. Die Forderung, die Armee und die Justiz daran zu beteiligen, wurde fallen gelassen. Die Überprüfung der Kandidaten für das Parlament auf ihren Leumund entsprach schon bisheriger Rechtslage, wenn sie auch bisher unzureichend durchgeführt wurde. Der Rücktritt der Regierung war bereits beschlossen, so auch die Wahl einer Interimsregierung für die Wahlkampfzeit. Von den sofortigen Rücktrittsforderungen gegenüber den in seinen Augen korrupten Politikern hat Qadri Abstand genommen.

Hintergrund

Qadri war Parlamentarier unter Musharrafs Präsidentschaft und unterstützte dessen Programm anfangs. Es wird vielfach vermutet, dass hinter ihm das Militär steht. Er hat die pakistanische und die kanadische Staatsangehörigkeit und ist erst seit kurzem von Kanada nach Pakistan zurückgekehrt. Wegen der doppelten Staatsangehörigkeit kann er nicht für das Parlament kandidieren und seine Bewegung ist bisher nicht als Partei registriert. Unbekannt ist, wie es ihm möglich war, aus dem Stand seine Bewegung zu organisieren und woher die erheblichen Gelder der TMQ kommen. So wurden Transport, Unterbringung und Verpflegung der Anhänger von seiner Organisation getragen.

Tausende protestieren vor dem Amtssitz des Gouverneurs in Peshawar

Am 17.01.13 protestierten rund 3.000 Stammesangehörige aus dem Bara-Gebiet der FATA-Agentur Khyber in Peshawar (Provinz Khyber Pakhtunkhwa) vor dem Amtssitz des Gouverneurs. Anlass war die Tötung von 18 Stammesangehörigen durch Personen in Militärkleidung bei nächtlichen Überfällen am 15.01.13. Die Demonstranten forderten Aufklärung der Taten und brachten die Leichen von 17 Getöteten zum Amtssitz mit. Die Regierung stritt eine Beteiligung der Streitkräfte ab und wies darauf hin, dass militante Gruppen häufig bei ihren Aktionen Uniformen zur Täuschung benutzen. Nach Verhandlungen einer Jirga (Stammes- oder Ältestenrat) unter Einbeziehung von Mitgliedern der Regierungspartei Awami National Party zogen die Demonstranten ab und beerdigten die Toten. Die Jirga gab der Regierung auf, die Familien zu entschädigen, eine gerichtliche Untersuchungskommission zu bilden, um den Fall aufzuklären sowie gegen die Militanten im Gebiet von Bara vorzugehen.

Oberster Gerichtshof weist Blasphemie-Klage gegen junge Christin endgültig ab

Am 15.01.13 hat der Oberste Gerichtshof Pakistans (Supreme Court) das Rechtsmittel gegen die Abweisung der Klage durch das Obergericht Islamabad (High Court) gegen die minderjährige Christin Rimsha Masih wegen Blasphemie endgültig abgewiesen. (vgl. BN vom 26.11.12)

Indien

Indisches Schnellgericht verurteilt Vergewaltiger zum Tod

Eines der neuen indischen Schnellgerichte für Vergewaltigungsfälle, die nach der Tat an einer 23-Jährigen im Dezember 2012 eingesetzt worden waren, hat das erste Urteil gefällt. Das Gericht in Neu-Delhi verhängte am 16.01.13 die Todesstrafe gegen einen Sexualtäter, der im April 2011 ein drei Jahre altes Kind vergewaltigt und getötet hatte. In der Urteilsverkündung hieß es, dass „die Zahl der Verbrechen gegen Frauen, besonders gegen minderjährige, rapide steige“ und dass das Urteil „eine Botschaft an die Gesellschaft“ sei. Der nun abgeschlossene Fall war vom Schnellgericht vor zehn Tagen übernommen worden, da sich das Verfahren noch immer in der Beweisaufnahme befand.

Irak

Sicherheitslage

Es kommt weiter zu Anschlägen. Am 15.01.13 wurde in Falluja (Provinz Anbar) der sunnitische Stammesführer und Parlamentarier Eifan Saadun al-Issawi durch einen Selbstmordattentäter getötet. Dabei kamen sechs weitere Menschen ums Leben. Al-Issawi gehörte der al-Irakiya-Allianz an.

Am 16.01.13 wurden bei mehreren Anschlägen mindestens 49 Menschen getötet und 240 verletzt. So kamen allein in der Stadt Kirkuk mindestens 23 Menschen ums Leben. Eine Bombe explodierte vor dem Büro der Demokratischen Partei Kurdistans, eine weitere vor einem Gebäude der kurdischen Sicherheitskräfte. Bei einem Anschlag auf das Büro der Patriotischen Union Kurdistans in Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin) wurden drei Menschen getötet und 37 verletzt.

Sieben Polizisten und Soldaten starben bei Anschlägen in Bagdad und Baiji (Provinz Salahaddin).

Am 17.01.13 wurden bei einer Serie von Anschlägen auf Schiiten mindestens 17 Menschen getötet. Der schwerste Anschlag ereignete sich in Dujail (Provinz Salahaddin). Weitere Anschläge ereigneten sich in Hilla (Provinz Babil), Kerbela (Provinz Kerbela) und Bagdad.

Am 19.01.13 wurden bei Anschlägen in Mosul, Kirkuk und Bagdad vier Menschen getötet.

Der Islamische Staat Irak (al-Qaida in Irak) hat laut Pressemeldung vom 21.01.13 die Verantwortung für die Anschläge vom 15. bis 17.01.13 übernommen.

Erneute Proteste gegen die Politik der schiitischen Regierung

Am 18.01.13 protestierten tausende Sunniten in West- und Zentralirak erneut gegen die Politik der schiitischen Regierung. Dies war der vierte Freitag in Folge mit Protesten.

Syrien

Tote bei Explosionen in Aleppo und Idlib

Bei zwei Explosionen auf dem Universitätsgelände von Aleppo wurden am 15.01.13 mindestens 87 Menschen getötet und 160 verletzt. In der zweitgrößten Stadt Syriens besteht nach monatelangen Kämpfen ein Patt zwischen Regierungstruppen und Rebellen, wobei die Universität im von Regierungseinheiten kontrollierten Gebiet liegt. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, Urheber der Explosionen zu sein. Auf dem Campus der Universität sind momentan neben den Studenten ca. 30.000 Flüchtlinge aus der Umgebung untergebracht.

Bei Explosionen von drei Autobomben in der Stadt Idlib, deren Ziele Fahrzeuge der Sicherheitskräfte waren, sollen mindestens 22 Menschen ums Leben gekommen und 35 verletzt worden sein.

Landesweit wird von mindestens 165 Toten allein am 14.01.13 gesprochen.

Homs: angeblich Massaker und Chemiewaffeneinsatz

Nach Angaben aus Oppositionskreisen soll die syrische Armee anlässlich einer Razzia bei einem Massaker in der Provinz Homs am 15.01.13 mehr als 100 Zivilisten getötet haben. Homs ist eine große, strategisch bedeutsame Provinz mit wichtigen Handelsrouten.

Die französische Zeitung „Le Monde“ berichtete, dass nach Geheimdienstinformationen die syrische Armee am 23.12.2012 in Homs Chemiewaffen gegen Oppositionelle eingesetzt habe. Sie seien nicht dazu gedacht gewesen, Personen zu töten, sondern sie kampfunfähig zu machen.

Gefechte zwischen Rebellen und Kurden

Es soll erneut zu Gefechten mit zahlreichen Toten zwischen islamistischen Rebellen (der al-Nusra-Front sowie den islamischen Kampftruppen Ghuraba al-Sham und Ahfad al-Rasul) und kurdischen Kämpfern in der Grenzstadt Ras al-Ain gekommen sein. Kämpfer der al-Nusra-Front sollen am 17.01.13 mit mindestens drei Panzern die türkische Grenze passiert haben, um in die strategisch wichtige Ortschaft Ras al-Ain zu gelangen. Dort sollen es am 17.01.13 schwere Kämpfe gegeben haben. Die grösste kurdische Partei, die Partei der Demokratischen Union (PYD), die als Ableger der türkischen PKK gilt, beschuldigt die Türkei, den Kämpfern Zugang nach Ras al-Ain über türkisches Territorium verschafft zu haben.

UN-Mission will humanitäre Bedürfnisse prüfen

Eine Delegation der Vereinten Nationen unter Leitung des Chefs des UN-Büros zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), John Ging, wurde am 20.01.13 von mehreren syrischen Ministern empfangen. Sie will die humanitären Bedürfnisse prüfen.

Internationaler Strafgerichtshof soll Kriegsverbrechen untersuchen

Die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay schloss sich am 18.01.13 einer Petition von 57 Staaten an, die diese vor einigen Tagen an den Sicherheitsrat übersandt hatten. Sie forderte den UN-Sicherheitsrat auf, den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zur Untersuchung von Kriegsverbrechen in Syrien anzurufen.

Sexuelle Gewalt häufiger Fluchtgrund für Frauen

Nach Angaben der US-Hilfsorganisation International Rescue Committee vom 14.01.13 liegt einer der Hauptgründe für die Flucht aus dem Land für Mädchen und Frauen darin, dass sie Opfer von physischer und sexueller Gewalt werden. Sie würden verschleppt, vergewaltigt (oft vor den Augen der Familienangehörigen in Gruppenvergewaltigungen), gefoltert und getötet. Auch in den Flüchtlingslagern käme es verstärkt zu häuslicher Gewalt.

Libyen

Feuergefecht: Verteidigungsminister unverletzt

Am 19.01.13 kam es in Tobruk nach Gesprächen des Verteidigungsministers Mohammed Mahmoud al-Barghati mit Militärangehörigen zwischen dessen Leibwache und einer örtlichen Miliz zu einem Schusswechsel. Der Minister blieb unverletzt. Anlass soll die Aufforderung an einen lokalen Milizenführer gewesen sein, sein Amt niederzulegen, nachdem er sich geweigert hatte, seine Einheit der Regierung zu unterstellen. Über Tote wurde nichts bekannt. Die Aktion der Miliz soll sich nicht gegen den Verteidigungsminister, sondern gegen die örtliche Vertretung der Armee gerichtet haben.

Gemäßigter salafistischer Geistlicher ermordet

Am 15.01.13 wurde der islamische Geistliche Sheik Fakhri Husein Jahani durch eine Handgranate getötet, als er nach dem Abendgebet die Omar-Ibn-Khatab-Moschee in Misrata verließ. Vier Menschen erlitten teils schwere Verletzungen. Jahani galt als Salafist. Im Zusammenhang mit der Tat wurden drei Personen festgenommen, die eine Beteiligung bestreiten. Imam Jahani hatte sich in Predigten gegen „falsche Salafisten“ positioniert. Er unterstellte diesen Personen, den Islam für ihre eigenen Ziele zu benutzen und verurteilte insbesondere deren Praxis, andere Muslime zu Ungläubigen zu erklären. Anfang des Monats wurden bereits zwei koptische Christen bei einem ähnlichen Angriff auf eine koptische Kirche bei Misrata getötet. Misratas Sufi-Muslime verurteilten den Angriff auf Jahani nachdrücklich. Misrata ist allerdings bisher weit weniger von derartigen Gewalttaten betroffen als Bengasi.

Erneut Polizeioffiziere in Bengasi ermordet

Am 16.01.13 wurde ein Angehöriger der Polizeiorganisation des Nationalen Sicherheitsdirektorats im Stadtviertel al-Laithi von Bengasi durch eine Bombe unter seinem Fahrzeug getötet. Er soll im Ölsektor bei der Anlagensicherung gearbeitet haben. Am 15.01.13 war bereits ein Polizeioffizier in Bengasis Kish-Distrikt auf ähnliche Weise getötet worden, zwei Polizisten wurden dabei verletzt.

Pakistanische Ahmadis wegen Missionierung festgenommen

Fünf pakistanische Mitglieder der Ahmadiyya-Bewegung wurden in Tripolis Vorstadt Gurgi zum Jahreswechsel wegen Missionierung inhaftiert. Sie sollen sich seit 2006 in Libyen aufhalten. Im Zusammenhang damit wird nach einem weiteren Libyer gesucht. Nach Angaben von pakistanischer Seite seien vier der Festgenommenen im Gefängnis von Abu Salim (Tripolis) und würden konsularisch betreut. Es nicht bekannt, ob die Ahmadis angeklagt oder abgeschoben werden. Nach Angaben aus deren familiärem Umfeld könnten sie abgeschoben werden, falls sie Angaben zu den Personen machen, die sie bekehrt haben.

Ein von ihnen bekehrter libyscher Staatsangehöriger soll ebenfalls festgenommen worden sein.

Hintergrund

Laut „International Religious Freedom Report for 2011“ des US Department of State ist kein Gesetz bekannt, welches Missionierung oder Konversion in Libyen regelt oder verbietet. Allerdings verbiete die Regierung die Missionierung. Die Aussagen des Berichts betreffen zwar nur das Jahr 2011, doch sind keine Rechtsänderungen hinsichtlich der Religionsfreiheit seit dem Sturz Gaddafis bekannt geworden. Allerdings scheint die neue Regierung an der alten Praxis festzuhalten und darüber hinaus auch gegen die Konvertiten vorzugehen.

Algerien

Geiselnahme in Gasanlage endet mit über 50 Toten

Am 16.01.13 besetzte eine Gruppe islamistischer Terroristen aus sechs Ländern unter Führung des langgesuchten Terroristen Mokhtar Belmokhtar eine Einrichtung zur Gasverdichtung, die von der algerischen Sonatrach, der britischen BP und der norwegischen Statoil betrieben wird. Bei der Besetzung wurden zwei Menschen getötet und sechs verletzt. Die Einrichtung ist 100 km von der libyschen Grenze entfernt und liegt bei dem Ort Amenas (5.000 Bewohner) ca. 1.300 km südöstlich von Algier. Es wurden dort Algerier, US-Bürger, Briten, Iren, Norweger und Japaner als Geiseln genommen. Nach einer Verlautbarung Belmokhtars geschah dies in Reaktion auf das französische Eingreifen in Mali und die Gewährung von Überflugrechten für die französische Luftwaffe durch Algerien. Es wurde der Abzug der französischen Truppen aus Mali gefordert. Belmokhtar, einer der algerischen Terroristenführer, trennte sich letzten Monat von der Terrorgruppe Al-Qaida im Maghreb (AQIM). Rund 15 Ausländer und 60 Algerier konnten sich einer Geiselnahme entziehen oder danach flüchten. Am 17.01.13 griff die algerische Armee an. Bei den Gefechten sollen viele Geiseln und Terroristen ums Leben gekommen sein. Am 19.01.13 eroberte die Armee den Rest der Anlage, wobei die letzten elf von insgesamt wohl 32 Terroristen starben. Man fand bisher 25 tote Geiseln. Unklar ist, wie viele Tote es insgesamt gab. Nach Angaben des algerischen Innenministers konnte die Armee 685 algerische und 107 ausländische Beschäftigte befreien.

Flüchtlinge aus Mali/Verstärkte Grenzsicherung

Bisher sind rund 7.000 malische Flüchtlinge in Tamanrasset (Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Süden) angekommen.

Wegen der französischen Militäraktion wurde die Grenzsicherung verstärkt. Insbesondere gilt dies für die mittlerweile geschlossene Grenze zu Mali (1.400 km). Am 14.01.13 erschoss die Armee drei Terroristen in Meskeline nahe dem Dreiländereck von Algerien, Niger und Libyen beim Versuch, nach Algerien zu gelangen.

Somalia

Französische Geisel getötet

Nach eigenen Angaben tötete die al-Shabaab am 16.01.13 die französische Geisel, deren Befreiung durch eine Kommandoeinheit Frankreichs am 12.01.13 misslungen war (vgl. BN vom 14.01.13).

Journalist ermordet

Am 18.01.12 erschossen Unbekannte in Mogadischu einen Radiojournalisten des privaten Medienunternehmens Shabelle Media Networks. Der Getötete ist der fünfte Journalist, den Shabelle Media Networks in den letzten 13 Monaten durch Mord verlor. Im Jahr 2012 wurden in Somalia 12 Journalisten ermordet. Premierminister Abdifarah Shirdon Saaid versicherte, die Regierung werde alles ihr Mögliche zur Aufklärung der Morde tun.

Sudan

Mehr als 100 Tote in Darfur

Bei den Auseinandersetzungen zwischen arabischen Stämmen um die Nutzung einer Goldmine in Norddarfur (vgl. BN vom 14.01.13) kamen nach UN-Angaben mehr als 100 Menschen ums Leben, mehrere Dörfer wurden zerstört und etwa 60.000 Bewohner der Region flohen. Inzwischen sollen die Kämpfe abgeflaut sein. Die Lage gilt weiterhin als gespannt.

Regierung will Tätigkeit von Oppositionsparteien verbieten

Die sudanesische Regierung kündigte am 14.01.13 an, sie werde die Tätigkeit der Oppositionsgruppierungen verbieten, die zu Beginn des Jahres eine „New Dawn“ genannte Erklärung in der ugandischen Hauptstadt Kampala unterzeichnet hatten. Mit diesem Dokument hatten die Organisationen ihren Willen bekundet, die Regierung von Präsident al-Bashir in Sudan zu beenden. Zu den unterzeichnenden Gruppen gehören mehr als 20 Oppositionsparteien, darunter die National Umma Party (NUP), die Popular Congress Party (PCP) unter Hassan at-Turabi und die Sudanese Communist Party (SCP), Organisationen der Zivilgesellschaft und Jugendbewegungen sowie wie die Rebellenorganisationen Sudan People's Liberation Movement-North, Sudan Liberation Army und das Justice and Equality Movement.

Nigeria

Attentat auf den Emir von Kano

Am 19.01.13 griffen mehr als ein Dutzend Bewaffnete in der nordnigerianischen Stadt Kano den Fahrzeugkonvoi des Emirs von Kano, Alhaji Ado Bayero, an. Der Anschlag erfolgte kurz nach Mittag in der Zoo Road im Stadtteil Hausawa, nachdem der Emir die Murtala-Mohammed-Moschee (Masallaci Murtala) verlassen hatte. Während der 83-jährige Emir nur leichte Verletzungen erlitt, wurden der Fahrer, eine Ordonanz und ein Personenschützer sowie drei weitere Personen getötet. Die Täter konnten entkommen. Zum Anschlag hat sich bisher niemand bekannt. Der Emir von Kano zählt zusammen mit dem Sultan von Sokoto zu den beiden höchsten islamischen traditionellen Führern in Nigeria. Sie genießen in der Bevölkerung ein hohes Ansehen.

ANSARU: Anschlag auf Soldaten für Mali-Einsatz

Am 19.01.13 wurden durch einen Sprengstoffanschlag in der Stadt Okene (zentralnigerianischer Bundesstaat Kogi) zwei für den internationalen Mali-Einsatz bestimmte Soldaten getötet und acht verletzt. Der Sprengsatz explodierte, als der Konvoi mit den Soldaten vorbeifuhr. Laut einem in der Zeitung „Desert Herald“ am 20.01.13 veröffentlichten Schreiben bekannte sich die islamistische Gruppe ANSARU („Jama'atu Ansarul Muslimina Fi Bidalis Sudan“ – „Vorhut zum Schutz der Muslime in Schwarzafrika“) zum Anschlag. Gleichzeitig forderte die Organisation die afrikanischen Staaten auf, ihre Hilfe für die westlichen Staaten im Kampf gegen den Islam und die Muslime einzustellen, da sie andernfalls „Schwierigkeiten“ mit der Gruppe bekämen.

Die unter dem Namen ANSARU bekannte Organisation gilt als jüngste in Nigeria ansässige dschihadistische Gruppierung. Sie gab ihre Existenz in einem Video im Juni 2012 bekannt. Sie ist vermutlich eine Abspaltung der radikal-islamischen Terrororganisation Boko Haram. Anders als bei Boko Haram ist ihr Fokus mehr auf den internationalen Dschihad gerichtet als auf die Innenpolitik. Die Gruppe war u.a. im November 2012 für einen Überfall auf eine größere Polizeistation in Abuja verantwortlich, bei der mehrere Gefangene befreit wurden, sowie für die Entführung von Ausländern in Nordnigeria.

Togo

Führende Mitglieder der Oppositionspartei OBUTS festgenommen

Das Parlament hob am 16.01.13 die Immunität des Oppositionsabgeordneten Agbéyomé Messan Kodjo auf, der noch am selben Tag festgenommen wurde. Kodjo, Präsident der Partei OBUTS (Organisation pour Bâtir dans l'Union un Togo Solidaire) und früherer Ministerpräsident und Parlamentssprecher, wird vorgeworfen, für Brandstiftungen in zwei großen Märkten Togos verantwortlich zu sein. Am 10.01.13 wurde der größte Markt in Kara und am 12.01.13 der Markt von Adawlato in Lomé durch einen Brand zerstört. Am 13.01.13

wurde OBUTS-Vizepräsident Gérard Adja wohl ebenfalls im Zusammenhang mit den Bränden festgenommen. Das Oppositionsbündnis CST (Collectif Sauvons le Togo) kritisierte, dass das vorgeschriebene Verfahren zur Aufhebung der Immunität Kodjos nicht eingehalten worden sei. Die OBUTS beurteilte die Festnahmen Kodjos und Adjas als politisch motiviert. Kodjo ist eine der Schlüsselfiguren im CST. Zusammen mit der Oppositionspartei FRAC (Front Républicain pour l'Alternance et le Changement) veranstaltete das CST am 19.01.13 in Lomé eine Demonstration gegen das Vorgehen der Behörden. Zuletzt hatten Sicherheitskräfte für den 10., 11. und 12.01.13 angekündigte und von den Behörden verbotene Demonstrationen des CST gewaltsam unterbunden.

Die Opposition kritisiert unzureichende Reformen der sie nach eigener Darstellung benachteiligenden Wahlgesetzgebung und fordert, die Parlamentswahlen zu verschieben. Am 16.01.13 bestimmte die nationale Wahlkommission den 24.03.13 als Wahltermin.

Serbien

Spannungen in Südserbien

Die serbische Regierung hat am 17.01.13 ein umstrittenes albanisches Denkmal im südserbischen Presevo abreißen lassen. Das im Herbst 2012 errichtete Denkmal ehrt 27 gefallene albanische „Helden“ des Befreiungskriegs 2001. Die serbische Regierung argumentiert, das Denkmal ehre „albanische Terroristen“ und sei daher unzulässig. Die Albaner hatten sich monatelang geweigert, das Denkmal selbst zu entfernen. Sie drohten mit einem neuen bewaffneten Aufstand, sollte das Denkmal gewaltsam entfernt werden. Die Albaner-Führer in Südserbien riefen für den 21.01.13 zu Demonstrationen auf. Sie hatten für den Fall eines Abrisses gedroht, alle Beziehungen zur Regierung in Belgrad abzubrechen.

Hintergrund

Der Grenzbereich zwischen Serbien, Mazedonien und Kosovo bildet nach wie vor einen ethnischen Spannungsraum. Rund 70 Prozent der etwa 100.000 Bewohner des sog. Presevo-Tals sind ethnische Albaner. Die Region ist eine der strukturschwächsten in Serbien, mit einer sehr hohen Arbeitslosigkeit und großer Armut. 2000/2001 kam es dort zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen serbischen Sicherheitskräften und den Rebellen der „Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja und Bujanovac“ (UCPMB), die zunächst die Kontrolle über das Tal gewinnen wollten, um später den Anschluss an ein selbstständiges Kosovo zu erzwingen. Der internationalen Gemeinschaft war es 2001 gelungen, ein Ende des Aufstandes auszuhandeln.